

S-1-B So bauen wir eine Welt, die Zukunft hat - Fahrplan für den Politikwechsel

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 31.07.2021
Tagesordnungspunkt: S Strategien für die Grüne Jugend

Antragstext

1 Regieren dann, wenn sich wirklich was verändert

2 Die Notwendigkeit für einen Politikwechsel war noch nie so groß: 16 Jahre
3 Stillstandspolitik durch die CDU im Bundeskanzler*innenamt haben zu immer mehr
4 sozialer Spaltung, kaputtgesparter öffentlicher Versorgung und
5 zukunftsfeindlicher Klimapolitik geführt. Merkel, Seehofer und Co. unterstützen
6 eine Politik der Abschottung, die an den europäischen Außengrenzen Tag für Tag
7 Menschenleben kostet. Gleichzeitig haben die letzten 16 Jahre Politik der
8 Bundesregierung dafür gesorgt, dass kurzfristige Profite wichtiger waren, als
9 die Fragen der Zeit endlich in die Hand zu nehmen.

10 Die Krisen dieser Zeit könnten nicht größer sein. Die nächsten vier Jahre werden
11 entscheidend sein, um diese Krisen anzugehen und zu bekämpfen. Die CDU ist
12 hauptverantwortlich für eine Politik, die Krisen verschärft, statt sie
13 abzuwenden. Diese Politik werden wir nicht unterstützen.

14 In diesem Wahlkampf zeigen wir, was alles besser laufen kann, wenn man nur will:
15 Politik muss in den nächsten Jahren endlich wieder Visionen und zukunftsfähige
16 Politik in den Mittelpunkt stellen, anstatt an der Vergangenheit festzuhalten.
17 Es fehlt nicht an Konzepten oder Ideen, es fehlt an guter Politik, die diese
18 umsetzen will. Und deswegen nehmen wir die bessere Politik diesen Sommer in die
19 Hand: wir kämpfen für eine Politik, die niemanden mehr zurücklässt und mutig mit
20 den Menschen gemeinsam in die Zukunft geht!

22 Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel

23 Wir stehen für eine Gesellschaft ein, die sich an den Bedürfnissen der Vielen
24 und nicht an den Profiten der Wenigen orientiert. Der Status Quo gefährdet im
25 Hier und Jetzt das Wohlergehen breiter Teile der Gesellschaft durch einen
26 löchrigen Sozialstaat, eine Arbeitsmarktpolitik, die niedrige Löhne zum Alltag
27 macht, durch kaputtgesparte Daseinsvorsorge und auch langfristig durch die

28 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Wir werden eine Koalition nur dann
29 mittragen, wenn sich die Lebensverhältnisse von Menschen spürbar verbessern und
30 die notwendigen Schritte beim Schutz unserer Lebensgrundlagen gegangen werden .
31

32 **Wir sind mehr wert!**

34 Ob das nach Profitlogiken ausgerichtete Gesundheitssystem, stillgelegte
35 Bahnverbindungen, marode Schulen oder unterfinanzierte Kommunen ohne
36 Handlungsspielraum: Das Sparen an der Versorgung mit dem, was wir zum Leben
37 brauchen, verschlechtert unsere Lebenssituation in Gegenwart und Zukunft.
38 Die nächste Bundesregierung muss Geld in die Hand nehmen, um Investitionen in
39 unsere Gesellschaft zu tätigen und darauf hinarbeiten, dass ein gutes Leben
40 nicht mehr vom Geldbeutel abhängt. Das muss insbesondere in ostdeutschen
41 Bundesländern passieren, um innerdeutsche Ungleichheiten zu überwinden und
42 strukturschwache Regionen zu Gewinnern der sozial-ökologischen Transformation zu
43 machen.
44

45 In die Zukunft zu investieren bedeutet auch, starke soziale Sicherheitsnetze
46 aufzubauen und zu gewährleisten, dass niemand mehr unter schlechten Bedingungen
47 arbeiten muss. Deswegen muss die nächste Bundesregierung die Fehler der Agenda
48 2010 korrigieren: Um Profite zu sichern, wurde der Sozialstaat abgebaut, Löhne
49 gedrückt und Arbeiter*innenrechte geschwächt. Das Ergebnis ist unter anderem der
50 größte Niedriglohnsektor Europas, der insbesondere migrantische Arbeit abwertet
51 und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verschärft. Vor allem im
52 Dienstleistungssektor sorgt die weitreichende Flexibilisierung für schlechte
53 Arbeitsbedingungen.
54

55 Die nächste Bundesregierung muss diesen Niedriglohnsektor zurückdrängen. Dafür
56 müssen sowohl die Löhne deutlich steigen, als auch Gewerkschaften und die Rechte
57 der Arbeiter*innen deutlich gestärkt werden. Niemand darf in Armut leben müssen,
58 auch nicht arbeitslose Menschen und Familien mit geringem Einkommen. Diesen
59 Anspruch werden wir auch in die so dringend notwendige Klimapolitik der nächsten
60 Bundesregierung tragen: denn unser Klimaschutz ist sozial gerecht und wird
61 niemanden alleine stehen lassen: Her mit den wirkungsvollen und sozial gerechten
62 Maßnahmen anstatt Arbeiter*innen und Klima gegeneinander auszuspielen. Das wird
63 unser Ansporn für eine sozial-ökologische Transformation sein.
64

65 Dabei ist uns wichtig, dass auch die innerdeutschen Unterschiede endlich
66 überwunden werden. Dazu gehört, dass Menschen in den ostdeutschen Bundesländern
67 endlich die gleiche Bezahlung und die gleiche Rente wie Kolleg*innen in
68 westdeutschen Bundesländern bekommen. Eine Maßnahme dafür muss sein, dass
69 Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern besser in öffentlichen Gremien und
70 dem Kabinett auf Bundesebene vertreten sind. Die Strukturstärkung gerade der
71 Kohleausstiegsregionen und ländlichen Räume sollte von der nächsten
72 Bundesregierung endlich mit höchster Priorität behandelt und besonders die
73 ostdeutschen Regionen, allen voran die Lausitz, bei der sozial-ökologischen
74 Transformation unterstützt werden. Dafür braucht es insbesondere massive

75 Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in strukturschwachen Regionen,
76 auch damit es für junge Menschen attraktiv ist, langfristig dort zu bleiben.
77 Die Klimawende darf nicht, wie die Wende vor 30 Jahren, dazu führen, dass
78 tausende Menschen auf der Strecke bleiben.

79 **Pariser Klimaabkommen ohne Wenn und Aber**

80 Die Klimakrise ist allgegenwärtig: Ein Hitzesommer nach dem anderen,
81 Ernteaufschläge durch Dürren, Überschwemmungen, unkontrollierbare Brände und
82 Menschen, die ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlagen verlieren werden. Für uns
83 ist klar: Wir müssen unsere Politik endlich auf den 1,5-Grad-Pfad bringen und
84 alles tun, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern. Das heißt: Die nächste
85 Bundesregierung hat die Pflicht, konkrete Schritte zu definieren, wie
86 Deutschland seiner historischen Verantwortung gerecht werden kann und auf den
87 1,5-Grad-Pfad kommt. Eine Bundesregierung mit grüner Beteiligung muss endlich
88 dafür sorgen, dass notwendige Maßnahmen umgesetzt werden: Dafür brauchen wir
89 einen konkreten Plan für 100% Erneuerbare Energien, die Dekarbonisierung des
90 Verkehrssektors und eine klimaneutrale Landwirtschaft. Investitionen und
91 Subventionen in fossile Infrastruktur müssen endlich der Vergangenheit
92 angehören.

93 **Für gleiche Rechte und eine starke Zivilgesellschaft!**

94 Das Erstarken der AfD, der enorme Anstieg rechter Gewalt und nicht zuletzt die
95 rassistischen Anschläge in Hanau, Halle und Kassel haben auf erschütternde Weise
96 gezeigt, welche Gefahren vom Rechtsextremismus ausgehen. Politik muss sich
97 entschlossener gegen Menschenfeindlichkeit und rechten Terror stellen. Die
98 nächste Bundesregierung wird daher auch am Kampf gegen Rechts gemessen werden.
99 Dazu gehört auch, rechte Tendenzen in Sicherheitsbehörden nicht mehr
100 schönzureden, sondern entschlossen zu bekämpfen.

101
102 Ob Flüchtlingsräte, Demokratiprojekte, queere Zentren oder Beratungsstellen
103 gegen Hass im Netz: Engagement braucht Unterstützung. Die Zivilgesellschaft muss
104 endlich gestärkt werden, statt sie durch den Verfassungsschutz zu
105 kriminalisieren und ihnen durch bürokratische und finanzielle Hürden Steine in
106 den Weg zu legen.

107 Rassismus, Sexismus, Queer- und Transfeindlichkeit, Antisemitismus und andere
108 menschenfeindliche Ideologien greifen tagtäglich das Leben und die Würde von
109 Menschen an. Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihr Handeln danach
110 ausrichtet, diese Ideologien zu bekämpfen und mit aller Entschlossenheit dagegen
111 vorgeht. Die Leitlinie muss eine Gesellschaft sein, an der alle Menschen
112 gleichberechtigt teilhaben können.

113 **Kein Mensch ist illegal!**

114 An den europäischen Außengrenzen gibt es keine Rechtsstaatlichkeit mehr: In
115 Massenlagern werden Menschen unter unwürdigen Bedingungen zusammengepfercht, auf
116 dem Festland werden Schutzsuchende von Grenzbeamt*innen misshandelt und grausam
117 abgewiesen und das Mittelmeer wurde in den letzten Jahren zur tödlichsten Grenze
118 der Welt.

119 Die nächste Bundesregierung muss deshalb alles tun, um den Rechtsbruch und das
120 Leid zu beenden. Jeder Mensch, der europäische Grenzen passiert, muss Zugang zu
121 einem Asylverfahren bekommen. Die Abschottung Europas ist keine Option,
122 Geflüchtete sind keine Verhandlungsmasse. Europäische Außengrenzpolitik muss als
123 oberstes Ziel haben, dass Menschenleben gerettet werden.

124 **Jetzt gilt's!**

125 In den nächsten Monaten kämpfen wir auf den Straßen mit unserer Kampagne für
126 einen grundlegenden Politikwechsel. Nach der Wahl werden wir den Wahlausgang,
127 unter anderem auf dem Bundeskongress, breit im Verband debattieren und uns dann
128 entscheiden, wie wir zu möglichen Sondierungsergebnissen stehen. Wir werden uns
129 auf der Straße in Bündnissen, im Parlament und in der Partei für diesen
130 Politikwechsel starkmachen.

131 Der Kampf für eine gerechtere Politik wird uns dabei stets vorantreiben.

V-1-B Keine Profite mit der Pandemie!

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 01.08.2021
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Spätestens seit sich im Mai 2021 die USA, Australien und Neuseeland der
2 Forderung nach einer Aussetzung der Patente auf Corona-Impfstoffe anschlossen,
3 wurde es einsam um die Blockadehaltung der EU: Der Rest der Welt hat längst
4 verstanden, dass es eine schlechte Idee ist, Profitraten von Pharmakonzernen
5 über das Leben von Menschen zu stellen.
6

7 Immer wieder zeigte sich in den letzten Monaten, wie konkret Marktlogiken einen
8 solidarischen und bedürfnisorientierten Umgang mit der Pandemie und ihren Folgen
9 verhindern: Während private Kontakte und Freizeitmöglichkeiten immer weiter
10 eingeschränkt und mit hohen Strafen belegt wurden, blieben wirksame
11 Arbeitsschutzmaßnahmen meist aus: Wirtschaftsinteressen hatten immer Priorität
12 vor menschlichen Interessen. Während dringend benötigte Hilfszahlungen für
13 ärmere Haushalte oft Monate dauerten oder gar nicht erst zur Debatte standen,
14 waren die Milliarden für TUI oder die Lufthansa schnell zusammen. Der gleichen
15 Logik folgt nun die Bekämpfung der Pandemie selbst: Um die Gewinne von Biontech
16 und Co. nicht zu gefährden, werden Produktionskapazitäten für den Impfstoff
17 weiter künstlich verknappt. Ohne einer Aussetzung der Patente werden viele
18 Länder frühestens 2023 flächendeckenden Zugang zu Impfstoffen haben. Das ist
19 nicht nur für die Menschen in den betroffenen Staaten eine Katastrophe, sondern
20 für uns alle: Je verbreiteter das Virus ist, desto größer ist die Gefahr immer
21 neuer Mutationen – die dann auch bereits erreichte Herdenimmunitäten wieder
22 zunichte machen. Die Pandemie ist erst besiegt, wenn sie global besiegt ist.
23 Vor allem aber ist die globale Versorgung mit sicheren und wirksamen Impfstoffen
24 schlicht eine Frage der Gerechtigkeit: Gesundheit darf kein Gut sein, das
25 reichen Ländern vorenthalten bleibt. Der Weg dorthin ist eine politische Frage.
26 Der erste Schritt dahin ist umfassende Transparenz über Produktionskosten, die
27 Sicherheit von Impfstoffen und Medikamenten sowie die Offenlegung von Verträgen,
28 die mit pharmazeutischen Unternehmen geschlossen wurden.

29 Das sogenannte TRIPS-Waiver-Abkommen regelt den Umgang mit Patentrechten von
30 Impfstoffen. Wir unterstützen die von Indien und Südafrika gestellten
31 Sonderanträge, das Abkommen auszusetzen für alle Patente und Informationen, die
32 zur Bekämpfung der Coronapandemie notwendig sind. Nach erteilter Freigabe ist

33 der Aufbau zusätzlicher Kapazitäten in der Impfstoffproduktion eine Frage von
34 wenigen Monaten. Angesichts der Aussicht, dass die meisten Länder der Welt
35 derzeit noch Jahre auf ausreichende Impfstofflieferungen warten müssen, ist die
36 Öffnung der Patente somit der entscheidende Faktor in der Frage, wann die
37 Pandemie zuende ist.

38 Die Rolle gewinnorientierter Produktion in der Pandemie hat damit tiefergehende
39 Notwendigkeiten aufgezeigt: Patente auf medizinische Produkte bedeuten nichts
40 anderes, als lebensrettendes Wissen bewusst unter Verschluss zu halten. Es
41 braucht eine grundlegende Reform des Patentrechts mit dem Ziel,
42 Gemeinwohlintereessen zu stärken. Nur so kann der nötige Wandel zu einem
43 kooperativeren Umgang mit Wissens- und Technologietransfer geschehen. Bisherige
44 freiwillige Angebote sind der Markt- und Profitlogik entsprechend gescheitert.

45 Das bedeutet: Forschung, die insbesondere durch öffentliche Gelder gefördert
46 wurde, muss auch ein öffentliches Gut sein und dem Allgemeinwohl dienen - nicht
47 den Profiten von einigen Wenigen. Die Forschung und Beschaffung im
48 Gesundheitsbereich muss deshalb umgestellt werden: Statt weiter profitorientiert
49 zu forschen, müssen die Bedürfnisse von Menschen in den Mittelpunkt rücken.
50 Impfstoffe und Medikamente müssen globale öffentliche Güter werden. Weltweit
51 muss jeder Mensch unabhängig von seinen finanziellen Ressourcen das Recht auf
52 die beste medizinische Versorgung haben. Da dieses Ziel unvereinbar ist mit den
53 Gewinninteressen von Pharmakonzernen, ist eine Entprivatisierung des
54 Gesundheitsbereichs und eine international koordinierte, nicht gewinnorientierte
55 Versorgung mit Gesundheitsleistungen unumgänglich.